

Herr Orr,

was würden Sie rückblickend über das Jahr 2009 sagen?



Ich finde, dass die Bologna-Folgekonferenz im April dieses Jahres besonders wichtig war, weil die Minister und Ministerinnen beschlossen haben, dass der Bolognaprozess noch weitere zehn Jahre laufen soll. Dies war zunächst nicht zu erwarten, da die Bologna-Deklaration 2010 als Zielpunkt gesetzt hatte. Trotz der anerkannten Probleme bei der Umsetzung der nationalen Hochschulreformen im Namen von Bologna ist der Bolognaprozess besonders wichtig für Hochschulbildung, weil er eben die Lehre und die Rolle der Studierenden betont. Damit wirkt er gegen die natürlichen Tendenzen von Hochschulsystemen, Forschung in den Vordergrund zu stellen. Schon im Jahr 1852 kritisierte John Henry Newman diese Tendenz und sah deshalb Wissensvermittlung und die Studierenden als Schwerpunkt seiner Idee der Hochschulbildung:

“(A university) is a place of teaching universal knowledge. This implies that its object is, on the one hand, intellectual, not moral; and, on the other, that it is the diffusion and extension of knowledge rather than the advancement. If its object were scientific and philosophical discovery, I do not see why a university should have students...”
(Preface, *The Idea of a University*, John Henry Newman 1852 –
www.newmanreader.org/works/idea)

Dass Studierende und eine effektive Studienorganisation in der Umsetzung der Bolognaform bisher vernachlässigt worden sind, zeigen ja die aktuellen Proteste. Die Unterstützung dieser Proteste von Vertretern der Hochschulen und der Politik lassen hoffen, dass Verbesserungen im Jahre 2010 zu erwarten sind.

Dr. Dominic Orr ist Hochschulexperte am HIS in Hannover und Koordinator des Forschungskonsortiums EUROSTUDENT.

BULLETIN N°045 – 20. Januar 2010

EU: ZIELE DER DESIGNIERTEN EU-KOMMISSARIN FÜR BILDUNG
Was Androulla Vassiliou vorhat, sollte sie den Job bekommen

EU: DAS EUROPÄISCHE HOCHSCHULRANKING NAHT
Testphase für das CHERPA- Ranking in diesem halben Jahr

EUA BILDET UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULEN AUS
Der europäische Hochschulverband lanciert ein grenzüberschreitendes Projekt

ASERBAIDDSCHAN: HOCHSCHULREFORM MIT HILFE DER WELTBANK
Bildungsminister Misir Mardanow kündigt ein neues Finanzierungssystem an

BULGARIEN VEREINHEITLICHT DIE AKKREDITIERUNG
Interne und externe Evaluierungen werden durch ein nationales Hochschulranking ergänzt

DEUTSCHLAND JUSTIERT DIE STUDIENFÖRDERUNG
Ein leistungsorientiertes Stipendienprogramm anstelle einer substantiellen BAföG-Erhöhung?

GROSSBRITANNIEN: BENACHTEILIGTE TEILZEITSTUDENTEN
Die Gleichstellung von Teilzeitstudenten brächte Studenten und Hochschulen viele Vorteile

IRLAND: NOTEN FÜR UNIVERSITÄTEN
Eine neue Qualitätssicherungsagentur verspricht Bürokratieabbau

IRISCHE STUDENTEN FEIERN GERN
Ein Drittel der Studienbeihilfe geht für Alkohol und Zigaretten drauf

ITALIEN BENACHTEILIGT AUSLÄNDISCHE LEHRKRÄFTE
Ein Hoffnungsschimmer für unterbezahlte Fremdsprachendozenten aus England naht

NIEDERLANDE: FLUCHT AN DIE UNI
Schlechte Jobchancen treiben die Jugend (zurück) an die Universitäten

ÖSTERREICH GEHT VOR DEM ANSTURM IN DECKUNG
Ist Österreich nur mit Quoten sicher vorm „Ansturm“ deutscher Studenten?

SCHWEDEN: DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER DOKTORANDEN
Die akademische Gemeinde setzt sich für ausgebeutete ausländische Doktoranden ein

TÜRKEI: UNIVERSITÄTEN ÖFFNEN SICH INTERNATIONALEN STUDENTEN
Abschaffung der Eignungsprüfung und Anerkennung ausländischer Hochschulzulassungen

UNGARNS FREUD UND LEID MIT DEN NACHBARN
Ungarische Schulbücher in der Ukraine, sprachliche Einschränkungen in der Slowakei

ZIELE DER DESIGNIERTEN EU-KOMMISSARIN FÜR BILDUNG

Was erwartet die Hochschulen, sollte Androulla Vassiliou, die designierte EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Vielsprachigkeit und Jugend, vom EP bestätigt wird? In einer Anhörung in Brüssel hat die amtierende Kommissarin für Gesundheit ihre guten Vorsätze verraten.

Am wichtigsten ist der früheren First Lady von Zypern und ehemaligen Vizepräsidentin der liberalen europäischen Partei ELDR, die Bildung den Bedürfnissen der Unternehmer anzupassen. „Wenn wir Lernen und Wirtschaft verbinden“, sagte sie, „werden Unternehmen mehr Interesse haben, in Bildung zu investieren.“

Die Mobilität von Lehrern und Forschern nannte sie als ihr zweitwichtigstes Anliegen. Den Bolognaprozess hält die 66-jährige Juristin für einen Erfolg, doch auch die Lehrqualität, Rankings, Hochschulautonomie und -finanzierung müssten „bedacht werden“.

Es wird sich zeigen, inwieweit all dies auch ihrer dritten Priorität, „ein für Kreativität und Kultur fruchtbares Umfeld zu schaffen“, zuträglich ist. [977]

[Dokumentation und Video](#) der Anhörung, Europäisches Parlament, 14.01.2010 | [Portrait](#) von Androulla Vassiliou (beide auf Englisch)

DAS EUROPÄISCHE HOCHSCHULRANKING NAHT



Ellen Hazelkorn,
Hochschulexpertin, Autorin,
Direktorin am Dublin Institute
of Technology

Seit öffentliche Bildungsleistungen Anfang der 90er Jahre in Europa liberalisiert wurden, sind Hochschulrankings ein profitrelevanter Qualitätsspiegel für die international konkurrierenden Hochschulen und Staaten. Oder, wie Ellen Hazelkorn vom Dublin Institute of Technology sagt: „Das Gerangel um Studenten oder die Schlacht um Brainpower ergänzt nun die traditionellen geopolitischen Kämpfe um natürliche Ressourcen.“

Aus diesem Grund strebt die EU seit 2008 nach einem eigenen Ranking, das anders als die am angelsächsischen Universitätsmodell orientierten Rankings SJTU (Schanghai) und das THES (London)

„Forschungsindikatoren und Lehrqualität besser ausbalanciert“, wie EU-Kommissar Maroš Šefčovič sagt. Am 2. Juni 2009 erhielt das Forschungskonsortium CHERPA den Zuschlag, dieses Ranking für 1,1 Mio. Euro zu entwickeln. Dessen Konzept ist inzwischen so weit gediehen, dass es im kommenden halben Jahr in 150 internationalen Universitäten getestet wird, um ab 2011 zu Einsatz zu kommen. [991]

„CHERPA erhält den Auftrag...“, IREG, 02.06.2009 (auf Englisch)

EUA BILDET UNTERNEHMERISCHE HOCHSCHULEN AUS

Der in Brüssel ansässige Universitätsverband EUA lanciert ein breit gefächertes Projekt namens EUIMA zur Anleitung und Unterstützung von Hochschulen, die sich im Sinne der Lissabon-Strategie modernisieren wollen.

Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt beinhaltet Workshops, Fallstudien sowie Studienbesuche, die die EUA in verschiedenen Ländern organisiert, um Knowhow vor allem in zwei Bereichen zu vermitteln: selbsttragende Hochschulfinanzierung und Forschungs Kooperationen; hinzu kommt Personalentwicklung für Forscher und Lehrkräfte.

EUIMA richtet sich an Hochschulleitungen, Politiker, Förder- und Forschungsorganisationen. Es will den Erfahrungsaustausch fördern, zur Zusammenarbeit mit Unternehmen und Regionen Anleitung geben, Erfolgsindikatoren und Kontrollmechanismen vorstellen und vermitteln, wie man für die unternehmerische Hochschulmodernisierung auf nationaler Ebene wirbt. [907]

Pressemitteilung und Ausschreibung der EUA, 14.01.2010 (auf Englisch)

ASERBAIDSCHAN: HOCHSCHULREFORM MIT HILFE DER WELTBANK



Misir Mardanov, geb. 1946,
Bildungsminister von
Aserbaidschan seit 1998

Bildungsminister Misir Mardanow hat angekündigt, ein neues Finanzierungssystem für die Hochschulen Aserbaidschans einzuführen. Vom nächsten Jahr an werden die 32 hochschulischen Einrichtungen nach ihrer Studentenzahl finanziert, zudem ist eine weitere Erhöhung des Budgets vorgesehen. Hilfe erhält Mardanow von seinem litauischen Amtskollegen Gintaras Steponavičius, der ihm auf einem Treffen Mitte Januar Unterstützung bei der Entwicklung des neuen, auf Gutscheinen basierenden Studienfinanzierungsmodells zugesagt hat, und durch die Weltbank, die einen Kredit dafür bereitstellt.

In Aserbaidschan studieren 27.400 Personen (2008), bereits im letzten Jahr wurde das Hochschulbudget gegenüber 2008 beträchtlich erhöht: von 84 Mio. Manat (82 Mio. Euro) auf 121 Mio. Manat.

Minister Mardanow sagte der Nachrichtenagentur *Trend* zufolge, der neue Mechanismus werde dazu beitragen, die Qualität der Hochschulen und die Konkurrenz zwischen ihnen zu steigern. [952]

BULGARIEN VEREINHEITLICHT DIE AKKREDITIERUNG

Die bulgarische Evaluierungs- und Akkreditierungsagentur für Hochschulen NEAA hat erfolgreich ein einheitliches System entwickelt, mit dessen Hilfe die Universitäten des Landes künftig bewertet werden.

Das im Januar von Agenturvorstand Iwan Panajotow vorgestellte Modell greift Elemente der bisherigen Akkreditierungspraxis auf und ergänzt sie durch ein nationales Hochschulranking. Dieses soll auf der Basis interner und externer Evaluierungen gute und schlechte Noten für Zeiträume zwischen drei und sechs Jahren vergeben.

Liljana Waltschewa, Vorsitzende der bulgarischen Hochschul- und Forschungsgewerkschaft, zeigte sich von dem neuen Modell überzeugt und



bekräftigte den Wunsch, es im kommenden Hochschulgesetz als Standard zu verankern.

Die NEAA ist Ende 2009 als sechste nationale Agentur in das EQAR-Register der EU aufgenommen worden. [843]

NEAA

DEUTSCHLAND JUSTIERT DIE STUDIENFÖRDERUNG

Die deutsche Regierung justiert ihr Instrument der staatlichen Studienförderung. Das Volumen des BAföG, des Zuschusses für bedürftige Studenten, bleibt in etwa gleich. 2008 haben 333.000 der rund 2 Mio. deutschen Studierenden durchschnittlich 321 Euro im Monat erhalten. Dafür wurden 2,3 Mrd. Euro aufgewendet. Bildungsministerin Anette Schavan kündigte eine Erhöhung der Beihilfe um 2 % an – nicht um 10 %, wie die Bildungsgewerkschaft GEW und Studentenvertreter es fordern.

Das Alter, in dem Anspruch auf BAföG für einen Master besteht, soll von 30 auf 35 Jahre erhöht werden, sagte Schavan. Damit sollen Bachelorabsolventen ermuntert werden, zunächst in den Beruf zu gehen und später an die Universität zurückzukehren.

Gleichzeitig soll dieses Jahr das neue nationale Stipendienprogramm für Studenten mit hervorragenden Leistungen starten. Die Hälfte dieser 300-Euro-Stipendien sollen Unternehmen und Stiftungen finanzieren. Der Bund will dafür 150 Mio. Euro bereitstellen. [976]

[Pressemitteilung](#) des Bildungsministeriums, 13.01.2010 |
[Kommentar](#) der Bildungsgewerkschaft GEW, 15.01.2010

GROSSBRITANNIEN: BENACHTEILIGTE TEILZEITSTUDENTEN

Obwohl sie inzwischen fast die Hälfte (43 %) der Studentenschaft stellen, befinden sich Teilzeitstudenten in England in einem rechtlichen und finanziellen Vakuum. Sie wurden im *Higher Education Act* von 2004 nicht als Gruppierung berücksichtigt, sie erhalten daher keine Studienkredite und müssen die



Studiengebühren im Voraus und nicht wie alle andern nach dem Studium entrichten.

Der Bericht „*Fair funding for all*“ des Thinktanks Million+ greift nun Vorschläge des ehemaligen Hochschulministers John Denham auf und fordert, die Vor-Gebühren

abzuschaffen und allen Studierenden ein Unterstützungspaket anzubieten. Dies könnte den Studenten 67 Mio. Pfund und den Universitäten 91 Mio. Pfund mehr pro Jahr einbringen, wofür eine Zinserhöhung von nur 0,5 % bei den Studienkrediten genügen würde.

Million+ schlägt zudem vor, die Rückzahlungsfrist der Kredite von 25 auf 35 Jahre zu verlängern, wie es in Schottland geschehen ist. 1 Mrd. Pfund mehr würden dadurch erwirtschaftet und könnten in bessere Dozentengehälter und für Studienbetreuung investiert werden. [1058]

[Pressemitteilung und Report](#) von Million+, 13.01.2010 (auf Englisch)

NOTEN FÜR IRISCHE HOCHSCHULEN

Um mehr Ausländer an die irischen Hochschulen zu ziehen, startet das Bildungs- und Wissenschaftsministerium ab sofort die Einrichtung einer „Qualitätsbenotung“ tertiärer Bildungseinrichtungen und -anbieter.

Mit einem entsprechenden Kabinettsbeschluss gab die Regierung grünes Licht für die Hochschulbewertung, die mit der Schaffung einer neuen Qualifikations- und Qualitätssicherungsagentur einhergeht. Diese vereint in Zukunft die nationale Qualifikationsagentur, den *Higher Education and Training Awards Council* und den Qualitätsbeirat irischer Hochschulen. Allein durch den Bürokratieabbau verspricht sich Bildungsminister Batt O’Keeffe eine Ausgabenreduzierung von 1 Mio. Euro im Jahr.

Nach der Verabschiedung soll das Gesetz im Frühsommer vorgestellt und die Agentur ab 2011 aktiv werden. [793]

IRISCHE STUDENTEN FEIERN GERN



Mit einer Studie über das studentische Konsumverhalten hat das *Economic and Social Research Institute* ESRI ein Schlaglicht auf die irische Spaßgesellschaft geworfen.

In dem noch unveröffentlichten Regierungsbericht tritt zutage, dass staatlich geförderte Studenten dreimal so viel Geld in Alkohol und Parties investieren wie in Bücher und Lehrmittel. Die Mehrzahl der Studenten äußert zwar, dass Bücher für sie wichtiger sind als Feiern, von dem für ihren Lebensunterhalt gedachten Unterhaltsgeld, das gegenwärtig bei höchstens 3250 Euro für das neunmonatige Studienjahr liegt, wenden sie jedoch fast ein Drittel für Alkohol und Zigaretten auf.

Über 33.500, fast 25 % der irischen Studierenden, erhalten ein Studienstipendium. Der *Independent*, der die Ergebnisse der ESRI-Studie vorab veröffentlicht hat, zitiert ausschließlich indignierte Kommentare wie: „Das ewige Heulen über zu wenig Unterstützung ist wirklich ein schlechter Witz“. Von der Perspektivlosigkeit, die viele junge Iren nach solcherart Ersatzbefriedigung greifen lassen, kein Gedanke. [1051]

„Study to Establish the Cost of Participating in Higher Education for Students from Diverse Backgrounds“, ESRI, ab 26.01.2010 (auf Englisch)

ITALIEN BENACHTELIGT AUSLÄNDISCHE LEHRKRÄFTE

Endlich bekommen die in Italien benachteiligten ausländischen Dozenten Rückendeckung. Ausländische Lehrkräfte, die sog. *lettori*, erhalten nämlich an den meisten italienischen Hochschulen nur das halbe Gehalt, ihre Lehrzeit wird nicht für Sozialleistungen und spätere Rentenansprüche angerechnet, und überhaupt erfreuen sie sich trotz zahlreicher erfolgreicher Klagen wegen diskriminierender Arbeitsverhältnisse als EU-Bürger



Chris Bryant, geb. 1962, Abgeordneter des britischen Parlaments und „Europaminister“ der Regierung Brown seit Oktober 2009

weniger Rechte.

Genaugenommen handelt es sich um die britischen Hochschullehrer, die erstmals aus dem englischen Parlament Unterstützung erhalten. Der Europasekretär des Außenministeriums Chris Bryant hat ihnen jetzt sein Engagement zugesagt, er wird Ende Januar mit Vertretern der *lettori* in London zusammentreffen und den Sachverhalt mit ihnen diskutieren. [783]

[Blog](#) der Interessenvertretung der *lettori*, ALLSI, 04.01.2010 (auf Englisch)

NIEDERLANDE: FLUCHT AN DIE UNI

Die Zahl der Immatrikulationen in Holland hat dieses Jahr alle Erwartungen übertroffen. 6,1 % mehr Studenten an Universitäten und 5 % mehr an Fachhochschulen sind doppelt so viele wie angenommen.

Das Wissenschaftsministerium hat eine Studie zu dieser Erscheinung in Auftrag gegeben, Ähnlichkeiten mit Trends in anderen europäischen Ländern sind bereits jetzt erkennbar: An Universitäten ist der Zuwachs an Studienanfängern dreimal so hoch wie im Vorjahr, an den Fachhochschulen ist er viermal so hoch – ein ebenso hoher Anstieg in Belgien 2008 war durch die schlechte Arbeitsmarktsituation motiviert (*siehe Bulletin N°033 – 30.9.2009*).

Ein anderer Trend sind Masterabsolventen, die weiterstudieren aber oft in Bereichen, die nichts mit ihrem bisherigen Fach zu tun haben. Dasselbe Phänomen hatte in Frankreich zur Ursache, dass ein Abschluss allein nicht mehr als Garantie für einen guten Job angesehen wird (*siehe Bulletin N°004 – 24.11.2008*). [873]

[Pressemitteilung](#) des Wissenschaftsministeriums, 13.01.2010 (auf Niederländisch)

ÖSTERREICH GEHT VOR DEM ANSTURM IN DECKUNG

Österreich bangt erneut um seine Quoten, die den „Ansturm“ ausländischer Studenten, vor allem deutscher „Numerus-Clausus-Flüchtlinge“, auf seine Hochschulen abwehren sollen (*siehe auch Bulletin N°036 - 21.10.2009*).

Im Jahr 2007 hatte die EU-Kommission die Quote in Medizin, die 75 % der verfügbaren Studienplätze für Landeskinder reserviert, auf Drängen des damaligen Bundeskanzlers Alfred Gusenbauer als Sonderregelung anerkannt.

Trotz der Ungleichbehandlung von Ausländern schützt dieses Moratorium Österreich bis heute. Es drohen hohe Geldstrafen, sollte die bis 2012 befristete Anerkennung von der EU widerrufen werden.

Aus diesem Grund hat Außenminister Michael Spindelegger jetzt von der zukünftigen EU-Kommission eine unbefristete Fortführung der Sonderregelung für überlaufene Studiengänge, vor allem der Medizin, gefordert.

Wissenschaftsminister Johannes Hahn unterstützt ihn darin und erklärte im *Standard*, im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen wolle er die Regelung im Primärrecht der EU, also im Lissabonvertrag, verankern. Davon müsste er nur noch die anderen 26 EU-Mitgliedsstaaten überzeugen. [1072]

[Interview](#) Spindeleggers mit dem STANDARD, ÖVP, 16.01.2010

DISKRIMINIERUNG AUSLÄNDISCHER DOKTORANDEN IN SCHWEDEN



Foto: Folkpartiet Liberaleerna

Tobias Krantz, geb. 1971,
Liberale Volkspartei,
schwedischer Bildungsminister
seit Juni 2009

Ausgelöst von einem investigativen Magazin des Fernsehsenders SVT im Dezember ist in Schweden eine Debatte über die diskriminierende Arbeitsmarkt- und Hochschulpolitik des Landes entbrannt. Professoren- und Studentenverbände empören sich über die Sonderbehandlung und die schlechten Arbeitsverhältnisse ausländischer Dozenten und fordern ihre rechtliche Gleichstellung. Sogar Bildungsminister Tobias Krantz gestand im SVT Ungleichheiten ein und übte Selbstkritik.

Schweden ist teuer, und die Entgelte der Doktoranden – die gute 40 % aller Forscher in Schweden ausmachen – reichen nicht aus, um alle Kosten zu bestreiten. Viele Einrichtungen bezahlen sogar weniger als den gesetzlichen Mindestlohn. Mit ihren befristeten Verträgen haben die Ausländer überdies weder Anrechte auf Renten- oder Arbeitslosenversicherung, noch auf Eltern- und Erziehungsgeld, noch auf die gesetzliche Krankenversicherung. [899]

DIE TÜRKEI ÖFFNET SICH INTERNATIONALEN STUDENTEN

Der Türkische Hochschulrat YÖK möchte bessere Bedingungen für ausländische Studenten schaffen. Einem Beschluss des YÖK zufolge, den sein Präsident Yusuf Ziya Özcan als „einen der wichtigsten in der gesamten Vergangenheit der türkischen Hochschulbildung“ bezeichnete, sollen die Eignungsprüfung für



ausländische Studienbewerber abgeschafft und das Abitur anderer Länder anerkannt werden.

Die Türkei hat nämlich eine geringe Ausländerquote an seinen Hochschulen, die sich in zehn Jahren kaum – im letzten Jahr sogar leicht negativ - entwickelt hat. Rund 100.000 Studienplätze wurden im vergangenen Jahr überhaupt nicht belegt, und die 18.000 in der Türkei studierenden Ausländer gehören hauptsächlich türkischstämmigen Minderheiten aus den Nachbarstaaten an.

Auch eine Rekrutierungskampagne türkischer Hochschulen ist geplant: mit Auslandsbüros, einem erstmals in Englisch verfügbaren Hochschulkatalog, der Teilnahme an internationalen Messen und der Ermächtigung, Studiengebühren zu verlangen. [993]

Beitrag in TODAY'S ZAMAN, 18.01.2010 (auf Englisch)

UNGARNS FREUD UND LEID MIT DEN NACHBARN

Ungarns Ministerpräsident Gordon Bajnaj hat ein lachendes und ein weinendes Auge für seine Landsleute im benachbarten Ausland, die zeigen, wie wichtig die sprachliche Identität in der Fremde ist.

Als diplomatischen Durchbruch bezeichnete er Anfang Januar das Zugeständnis der Ukraine, dass die dort lebenden Ungarn noch vor März Schulbücher auf Ungarisch erhalten und sowohl ihr Abitur, als auch ihre

Hochschulzulassungsprüfung in ihrer Muttersprache ablegen dürfen.
Erbost ist Bajnai über die Nachbarn im Norden. Die Slowakei hat nämlich im letzten Sommer eine aus seiner Sicht für die dort lebende ungarische Minderheit diskriminierende Gesetzesreform zum Sprachgebrauch verabschiedet. Ungarn, die ein Zehntel der slowakischen Bevölkerung ausmachen, und andere Minderheiten dürfen nun im öffentlichen Leben (Kultur, Amtliches u.a.) ihre Sprache nur noch gekoppelt an die slowakische Übersetzung verwenden. Nachdem bisher alle diplomatischen Versuche gescheitert sind, will Bajnai nun die internationalen Rechtsregister ziehen. [1028]

[Pressemitteilung](#) des ungarischen Außenministers, 04.01.2010 (auf Englisch) |
[Pro und Kontra](#) zum slowakischen Gesetz, 13.08.2009 (auf Deutsch und Englisch)